

## Bis die Schwarte kracht

Deutschland muss den Gürtel enger schnallen



Die Sparschweine der Lobbyisten sind in Deutschland immer prall gefüllt!

Deutschland hat mehr als anderthalb Billionen – das ist eine Zahl mit 12 Nullen – Euro Schulden.

Selbst in wirtschaftlich guten Zeiten ist nie ernsthaft daran gedacht worden, dem ständig steigenden Schuldenberg zu Leibe zu rücken; denn Geldausgeben macht nun mal entschieden mehr Spaß, als dieses sparsam zu verwalten. Nun aber soll es endlich mit aller Gewalt zur Sache gehen.

Deutschland, so heißt es unisono, muss jetzt eisern den Gürtel enger schnallen. Da jedoch den bürgerlichen, gesetzgebenden Parteien auch eine Vielzahl von schwergewichtigen, einflussreichen Lobbyisten im Machtzentrum Deutschlands, dem Bundestag, hilfreich zur Seite stehen, ahnt Otto Normalverbraucher längst, wohin der Hase läuft, wenn es darum geht, viele

Taler für den Staatshaushalt wieder einzusammeln oder, noch besser, gleich gar nicht erst auszugeben. Dabei freut es den braven Bürger ganz

*Selbst in wirtschaftlich guten Zeiten ist nie ernsthaft daran gedacht worden, dem ständig steigenden Schuldenberg zu Leibe zu rücken.*

besonders, dass er, selbst wenn es ihn noch das letzte Hemd kosten sollte, durch asketische Zurückhaltung fleißig dazu beitragen darf, den Staat finanziell am Leben zu erhalten, samt seinen Banken, die ihm, je weniger lieb, desto teurer sind. Einzelheiten dieser rigiden Sparliste aufzuzählen dürfte sich erübrigen, denn sie sind sicher mehr oder minder bekannt. Vorrangig trifft es, wie immer, die sozial Schwachen, die kei-

ne Lobby, kein Geld und keine Arbeit haben. Zunehmend trifft es aber auch die untere Mittelschicht, die Arbeit hat, aber davon immer weniger leben kann. Gerade denen, die kaum etwas in der Tasche haben, wird brutal in die Tasche gegriffen. Den Unterprivilegierten kommt plötzlich eine privilegierte Aufgabe zu: Sie haben die Ehre, den Staatshaushalt sanieren zu dürfen.

Eine zweifelhafte Ehre, der man vielleicht hätte entrinnen können, wenn man bei der letzten Bundestagswahl in kritischer Vorahnung dessen, was jetzt kommt, den etablierten Parteien die Rote Karte gezeigt hätte. Zum Beispiel wegen Mangel an christlicher Nächstenliebe. Gott, so es ihn wirklich geben sollte, würde ob solcher Schabigkeiten wahrscheinlich aus der Kirche austreten. *W.Weise*

## Wissen ist Macht

Kolumne von Alfredo Förster



„If you think education is too expensive, try ignorance.“ („Wenn du denkst, Bildung ist zu teuer, versuch's mit Dummheit.“) lautete der Spruch eines alten Harvard-Professors aus den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts. Ich habe ihn mir vor langer Zeit gut gemerkt. Damals fand ich ihn lustig. Ich ahnte noch nicht, dass aus der ironisch gemeinten Maxime mittlerweile eine alltägliche Realsatire geworden ist. Was hat es denn mit der wohlklingenden Forderung nach mehr und besserer Bildung auf sich? Was steckt dahinter, wenn Deutschland zur „Bildungsgesellschaft“ erklärt wird und sogar unsere kleine Stadt Brandenburg den Titel „Bildungsstadt“ bekommt? Soll da wirklich die dringend notwendige Bildungsinitiative zur Sprache gebracht oder nur suggeriert werden, dass allen Schichten alle Bildungswege gleichermaßen offen stünden und dass es jeder Mensch per Bildung in der eigenen Hand hätte, ob er einen guten oder schlechten oder gar keinen Job bekommt? Wenn das mal so einfach wäre! Als wenn Bildung und sozialer Status nichts miteinander zu tun hätten! Auffällig ist auch, dass bei allen Forderungen nach mehr Bildung viel über Geld und wenig über Bildungsinhalte

oder gar -ziele geredet wird. Um eine andere Spruchweisheit zu zitieren: „Wer viel weiß, sieht viel.“ Aber, so fragt man sich, ist das denn in der heutigen Gesellschaft gewollt? Soll jeder kraft seiner Bildung über alles nachdenken können, vielleicht auch über eine radikale Änderung der Wirtschafts- bzw. Gesellschaftsordnung, in der eine Minderheit viel mehr verdient, als sie verdient, und eine Mehrheit viel weniger? „Wissen ist Macht“, sagt ein weiterer Spruch und man möchte angesichts gängiger gesellschaftlicher Praxis hinzufügen: ...weiter Seite 2

### Inhalt 3/2010

Seite 1

**Bis die Schwarte kracht**

Sparen, Sparen, Sparen

**Die Kolumne**

Von Alfredo Förster

Seite 2

**Gesundheit als Ware**

DIE Reform

Seite 3

**Polizeistrukturreform**

Gesetz im Dezember

**Das Geld und die Kitas**

Bedarfsanalyse nötig

Seite 4

**1 Jahr Rot-Rot**

Oposition oder Verantwortung

**Lebenshilfe e.V.**

Neubau in Nord

Seite 5

**Zur Oberbürgermeisterwahl**

...peinliche Affäre

**Weltfriedenstag**

Rosen statt Raketen

Seite 6

**Regionalkonferenz**

Rostock

**Soziales**

Die Zahl 364

Seite 7

**Atomkraft**

**Porträt** Anne-K. Gabrysiak

Seite 8

**Anti-Kastor-Aufruf**

**Termine**

**Rätsel**

**Impressum**

## Wissen ist Macht Teil 2

Fortsetzung Seite 1

Herrschaftswissen sichert die Macht. Wer seine Macht ausbauen will, unterdrückt unliebsame Informationen und teilt willkommene Informationen nicht jedem mit; er sorgt dafür, dass die einen eingeweiht werden und die anderen nicht. Das ist auch in unserer Stadt eine gängige, aber keine akzeptable Praxis.

Wer es heute mit der Forderung nach einer Bildungsoffensive ernst meint, dem muss daran gelegen sein, dass bei der jungen - aber im Sinne lebenslangen Lernens auch bei der älteren - Generation jene Fähigkeiten und Fertigkeiten herausgebildet werden, die nötig sind, damit sich die Menschen in dieser immer komplexer werdenden Welt souverän zurechtfinden können. Deshalb habe ich bis heute nichts gegen den Begriff der „allseits entwickelten Persönlichkeit“. Dazu gehört es, allen Schülerinnen

und Schülern dieser Stadt das Erlernen von Fremdsprachen zu ermöglichen, natur- und geisteswissenschaftliche Ein-sichten zu vermitteln sowie Einblicke in sozialökonomische Zusammenhänge zu geben, nicht zu vergessen die musische und sportliche Bildung. Nur wer in der Schule, in der Hochschule und im Beruf befähigt wird, Pro-

„If you think education is too expensive, try ignorance.“

bleme in ihrer Komplexität zu erfassen und zu bearbeiten, wird die heutige Politik angemessen beurteilen können. Er wird sie nicht mehr als alternativlos hinnehmen, sondern die Welt als veränderbar ansehen. Die Zeit der großen Utopien ist vielleicht vorbei, aber die großen Fragen, wie sie schon 1781 Kant bewegten, sind geblieben und harren der Beantwortung: Was kann ich wissen? Was

darf ich hoffen? Wer bin ich? Wie soll ich leben? Und wer könnte an diesen Fragen ein größeres Interesse haben als wir LINKEN?

Und wem, andererseits, könnte daran gelegen sein, dass die Menschen in der schillernden Welt des „Konsumismus“ gefangen bleiben, in der oberflächlichen Spaßgesellschaft mit den fertig gebackenen Antworten und den scheinbar ewigen Wahrheiten? Uns LINKEN jedenfalls nicht. Als Stadtpolitiker stellt sich mir deshalb auch die Frage, wie unter den jetzigen Bedingungen eine angemessene Kommunalpolitik betrieben werden kann, wenn die strukturellen Unterschiede in unserer Gesellschaft oft ohne Sachkenntnis beurteilt, ignoriert, verdrängt oder, wie im Fall der „Unterschichten“-Diskussion, gar geleugnet werden? Wenn selbst im überschaubaren kommunalen Raum die Disparitäten bei Einkommen, Vermögen



Fraktionssitzung in der Geschäftsstelle des Stadtverbandes (v.l. Olaf Lamp, Alfredo Förster, René Kretzschmar)

und Bildung kaum erfasst werden bzw. den Stadtverordneten seit Jahren darüber keine entsprechenden stadtteil- oder quartierbezogenen Daten zur Verfügung stehen? Wir LINKEN fordern seit mehr als drei Jahren diese Sozialdatenanalyse für Brandenburg an der Havel. Trotz eines entsprechenden SVV-Beschlusses liegt noch immer kein Arbeitsergebnis vor. Welche Informationen kommen da so ungelegen, welche Tatsachen will man lieber nicht veröffentlichen? Geht es um die hohe Kinderarmut in unserer Stadt, um die nicht erfolgten Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung?

Oder würde sich herausstellen, wie unterschiedlich die Bildungschancen für die Bewohner der einzelnen Stadtteile sind? Ein aussagekräftiger Sozialbericht ist doch in erster Linie als Chance zu begreifen, denn er bietet die Möglichkeit, soziale Problemlagen gezielt anzugehen. Über die Verantwortung der Stadtverordneten für die Ergebnisse der Sozialberichterstattung in ihrem Bereich mag man deshalb später streiten. Der Erkenntnisgewinn wird in unserer Stadt - da bin ich mir sicher - nur wenigen schaden. A. Förster, Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der SVV

## Gesundheit ist keine Ware!

Was ändert sich durch die „Reform“?

»... für den Arzt wird der Kranke so nur noch der Kunde, den er für Geld repariert. Und der Priester verkauft seinen Zuspruch...«

Bernold Freucht, DAS MANIFEST. Lehrgedicht von der Natur des Menschen. Textfassung: Manfred Wokwern

**GESUNDHEIT IST KEINE WARE.**

**DIE LINKE.**

Das schwarz-gelbe Kabinett hat am 22. September das GKV-Finanzierungsgesetz auf den Weg gebracht. Mit dieser Gesundheitsreform stellt die Regierung die Weichen in Richtung Entsolidarisierung und Privatisierung. Das hat Folgen, die wir alle schnell zu spüren bekommen werden. DIE LINKE wird dagegen aufbegehren und startet deshalb eine breite Kampagne. Die verschiedensten Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte sind mit ihren Reformen gescheitert. Nach wie vor gibt es keine stabile und gerechte Finanzierungsgrundlage. Die Pläne der jetzigen Koalition lassen Schlimmstes befürchten. Für Versicherte und Patienten werden Zusatzbeiträge als Kopfpauschalen eingeführt. Gegenüber den jetzt schon möglichen Zusatzbeiträgen können sie mehr als doppelt so hoch ausfallen (2% statt 1% des Einkommens). Der Wechsel in die private Krankenversicherung wird erleichtert, das System der

gesetzlichen Krankenversicherung wird weiter geschwächt. Profiteure von dieser „Reform“ sind die Arbeitgeber. Sie werden von künftigen Kostensteigerungen abgekoppelt. Ihr Beitrag wird bei 7,3% eingefroren. Die Kostenentwicklung wird also allein den Arbeitnehmern und Rentnern aufgebürdet. Ärzte und Krankenhäuser bekommen ab 2011 Deckelungen und Ausgabenbegrenzungen verordnet. Für Brandenburg heißt das zum Beispiel: Bei der ambulanten Versorgung gibt es statt einer Zuwachsrate von 20 bis 25 Mio. Euro nur sechs Mio. Euro. Die Kostensteigerungen bei Krankenhausleistungen werden nur zur Hälfte finanziert. Für die Linke bleibt es dabei: Gesundheit ist keine Ware! Dies ist unsere zentrale Aussage. Gesundheit muss allen zugänglich sein und darf nicht als Wachstumsmarkt der Zukunft verstanden werden.

Die Linke will gemeinsam mit einem breiten Bündnis aus Gewerkschaften, Sozialverbänden, Patientinnen- und Patientenvertretungen sowie anderen Parteien die Einführung der Kopfpauschale verhindern. Eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung muss als Alternative gesellschaftlich verankert und die gesundheitliche Vor- und Versorgung zum öffentlichen Gut werden. Eine Zweiklassenmedizin ist mit uns nicht zu machen. Alle medizinisch notwendigen Leistungen müssen wieder von der Krankenkasse bezahlt werden. Die Arbeitgeber müssen wieder zur Parität zurückkehren. Krankheit ist ein Lebensrisiko, das jeden Menschen treffen kann. Mit ihrem Versicherungsmodell will DIE LINKE daher für soziale Gerechtigkeit sorgen und die Krankenversicherung fit für die Zukunft machen. Der Stadtverband wird in den nächsten Wochen auf das Thema mit Aktionen aufmerksam machen. A. Kutsche



# Was steckt hinter der Polizeistrukturreform?

Im Dezember soll „Gesetz zur Bildung des Polizeipräsidiums“ verabschiedet werden

Seit Wochen erhitzen sich die Gemüter über die Polizeistrukturreform, nachdem der ehemalige Innenminister Rainer Speer Anfang Juli den Bericht der „Kommission Polizei Brandenburg 2020“ vorgelegt hat. Nunmehr liegt auch der entsprechende Gesetzentwurf vor und das Konzept der Landesregierung „Mittelfristige Stellen- und Personalentwicklung einschließlich notwendiger Strukturveränderungen bei der Polizei des Landes Brandenburg“. Hintergrund dieser ganzen Entwicklung sind die Vereinbarungen des Koalitionsvertrages, der die Zielzahlen für die Entwicklung des Landespersonals bis 2014 auf 45.500 und bis 2019 auf 40.000 festlegt. Heute haben wir noch ca. 51.000 Angestellte und Beamte in der Landesverwaltung. Die LINKE hatte sich seinerzeit entschieden gegen die Festlegung von Zielzahlen ausgesprochen, und zwar schon bei den Sondierungsgesprächen, weil ein solches Vorgehen einer tatsächlichen ernsthafte Aufgabenkritik widerspricht. Aber wir wurden vor die Wahl gestellt: Entweder wir akzeptierten diese Zielzahlen oder es gibt keine Koalitionsverhandlungen und keine Regierungsbeteiligung. Übrigens stimmte auch die CDU den Zielzahlen zu und somit einer weiteren Reduzierung der Polizeistellen – was sie aber nicht davon abhielt, hinterher zu verkünden, dass es mit ihr keinen Stellenabbau bei der Polizei geben wird.

Fakt ist, dass die Entwicklung des Landeshaushaltes auch die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen im Landesdienst bestimmt. 2 Mrd. € weniger im Landeshaushalt von 2019 müssen irgendwo herkommen, wenn sich die Einnahmesituation nicht verbessert. Dabei sinken die Gesamtkosten für das Personal nicht einmal, sie steigen sogar weiter an. Hintergrund dafür ist, dass in den nächsten Jahren viele Beamtinnen und Beamte in den Ruhestand gehen, und die haben einen gesetzlichen Anspruch auf ihre Pensionen. Hier rächt sich der strukturelle



In der Magdeburger Straße könnte der Sitz der Direktion Brandenburg-West sein.

Fehler des Beamtentums. Bis vor Kurzem wurden keinerlei Rücklagen für die Pensionen gebildet, so dass diese aus dem laufenden Haushalt bestritten werden müssen. Das wurde zwar inzwischen geändert, aber bis diese Korrektur zu Buche schlägt, dauert es mindestens 10 Jahre. Ein weiterer Aspekt darf nicht unerwähnt bleiben: Schnell stellte sich bei den Koalitionsverhandlungen heraus, dass wegen der enormen Altersabgänge die festgelegten Zielzahlen nur zu erreichen sind, wenn 6000 bis 7000 neue Landesbedienstete eingestellt werden – und die müssen bei der bekannten demografischen Entwicklung und dem Fachkräftemangel erst einmal gewonnen werden.

Nun wird die LINKE in der Öffentlichkeit als Wahllügner dargestellt, weil es nicht gelungen sei, den rasanten Personalabbau zu stoppen und speziell in der Polizei jährlich 300 Einstellungen vorzunehmen. Das kann man so sehen, muss man aber nicht! Tatsache ist, dass auch bei voller Erfüllung der Forderung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) nach 300 Einstellungen die Stellenzahl in der Polizei zunächst einmal gesunken wäre. Andererseits konnte inzwischen erreicht werden, dass im Durchschnitt 150 Einstellungen pro Jahr erfolgen, und das ist immerhin die Hälfte der von uns anvisierten jährlichen Zielzahl. Zur Erinnerung: Rainer Speer wollte überhaupt keine Einstellungen mehr. Nunmehr steht die Zielzahl von 7000 Personalstellen bis 2019, die auch

die Grundlage für die Arbeit der eingesetzten Kommission war. Als Berechnungsgrundlage diente der Vergleich mit finanzschwachen westlichen Bundesländern und der prozentuale Anteil der Polizeistellen am Gesamtpersonalbestand, der bei ca. 17 % bleibt.

Um diese Zielzahl zu erreichen, hat die Kommission vorgeschlagen, die Struktur der Polizei durch Zusammenlegung von Polizeieinrichtungen zu straffen. Dabei hat sie festgestellt, dass Aufgaben der Polizei nicht reduziert und auch nicht auf andere Behörden verlagert werden können. Der Gesetzentwurf sieht vor, die jetzt existierenden zwei Polizeipräsidien zusammenzulegen und ein Landespolizeipräsidium zu bilden. In dieses werden das Landeskriminalamt und die Landeseinsatzeinheit sowie Teile von Aufgaben der Polizeiabteilung im Innenministerium integriert. Die 15 Schutzbereiche werden zu vier Direktionen mit Sitz in Frankfurt, Cottbus, Neuruppin und Brandenburg zusammengelegt. An den ehemaligen Sitzen der Schutzbereiche sollen 15 Wachen eingerichtet werden, die sieben Tage in der Woche rund um die Uhr besetzt sind. Die Einrichtung weiterer Wachen muss später der Polizeipräsident entscheiden.

Ausschlaggebend für die Polizeipräsenz vor Ort ist der Beschluss, dass die Zahl der Streifen- und Revierpolizisten nicht reduziert werden soll. Das bedeutet auch – und das ist unsere Forderung – dass weitere Polizeistandorte er-

halten werden müssen, egal ob sie „Wache“, „Posten“ oder sonst wie heißen!

Absehbar ist, dass sich der Personalabbau über einen längeren Zeitraum erstrecken wird. So werden wir im Jahr 2014 bei ca. 7500 Stellen angekommen sein. Das wäre genau der richtige Zeitpunkt für die Evaluierung der Polizeistrukturreform. Sollten sich dann Defizite in der Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit her-

ausstellen, können rechtzeitig weitere Entscheidungen zur Personalentwicklung getroffen werden. In den nächsten Wochen wird dazu die parlamentarische Debatte geführt; sowohl in der Fraktion als auch im Innenausschuss finden Anhörungen von Experten und Vertretern aus den Kommunen statt. Im Dezember soll dann das „Gesetz zur Bildung des Polizeipräsidiums“ verabschiedet werden.  
Dr. A. Bernig (MdL)

## Kein Geld – keine Kitas



„Der Bund muss sich dauerhaft an der Finanzierung beteiligen.“

Das Deutsche Jugendinstitut hat unlängst Zahlen und Fakten zum schleppenden Ausbau der Kindertagesbetreuung veröffentlicht. Die sprechen eine deutliche Sprache: Wenn der Bund sich nicht ausreichend an den Kosten des von ihm beschlossenen Kita-Ausbaus beteiligt und die Kommunen

bei jeder sich bietenden Gelegenheit schröpft, ist es kein Wunder, dass der Ausbau nicht im notwendigen Tempo vorankommt. Aus klammen Kassen lässt sich schwerlich eine gute Kinderbetreuung bezahlen. Seit Jahren wird die frühkindliche Bildung zu einem zentralen Punkt auf der politischen Agenda erklärt. Den vollmundigen Versprechungen seitens des Bundes sind zu wenige Taten gefolgt, als dass das Ziel eines Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz für jedes Kind erreichbar wäre. Dass nun ausgerechnet von Bundes-

familienministerin Kristina Schröder die Forderung nach einer Kindergartenpflicht kommt, macht deutlich, wie wenig sie die Situation in der Kinderbetreuung kennt.

Den Kitas wurde in den letzten Jahren eine ganze Reihe zusätzlicher Aufgaben übertragen, von der Sprachförderung über die Kooperation mit den Grundschulen bis hin zu mehr Elternberatung. Die Anforderungen an das Personal sind dadurch deutlich gestiegen und damit auch die Ausgaben für Länder und Kommunen. Die notwendige Unterstützung des Bundes ist aber bisher ausgeblieben. Die Idee, das Problem über ein Sondervermögen in Höhe

von 4 Mrd. Euro zu lösen, auf das die Länder beim Bau von Kitas

zugreifen können, ist haushaltspolitisch blauäugig. Auch die auf vier Jahre verteilten 400 Millionen Euro für 4000 Schwerpunkt-Kitas sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die LINKE fordert daher: Der Bund muss sich endlich dauerhaft und umfassend an der Finanzierung der Kindertagesbetreuung beteiligen, um den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für jedes Kind ab 2013 wirklich sicherzustellen. Dazu gehört auch eine ehrliche und fundierte Bedarfsanalyse. D. Golze, MdB, kinder- und jugendpolitische Sprecherin DIE LINKE

„Eine ehrliche Bedarfsanalyse ist nötig!“



## Ein Jahr Rot-Rot

LINKE ist größte Partei im Land Brandenburg



Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser bei einem Symposium

DIE LINKE ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit, der ökologischen Nachhaltigkeit, der wirtschaftspolitischen Intelligenz und des Demokratischen Sozialismus. Viele unserer Mitglieder sind genau wegen solcher Worte, Ideen und Ideale in diese Partei eingetreten, noch viel mehr Menschen wählen die Partei eben deshalb. Doch was passiert eigentlich abseits dieser Schlagworte, die ja vor allem in Sachen Bundespolitik eine Bedeutung haben? Wie genau sehen die großen Worte denn im Kleinen aus? Schauen wir uns den Landesverband Brandenburg an:

Die Brandenburger LINKE besteht im Moment aus ca. 9.000 Mitgliedern und ist damit die größte Partei im Land Brandenburg. Bei Wahlergebnissen liegen wir immerhin auf Platz 2, hinter der SPD. Was den Brandenburger Landesverband ein wenig besonders macht, ist, dass wir seit den Wahlen im September 2009 das Bundesland mitregieren. In dieser Situation waren vor uns schon Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, und ehrlich gesagt ist diese Situation alles andere als einfach.

Schon in der Opposition haben wir viel erreicht, zum Beispiel bei der Arbeit an der brandenburgischen Landesverfassung oder zu unseren Vorstellungen für ein Brandenburg von Morgen. Das war 2007. Als dann 27,2 % der Brandenburgerinnen und Brandenburger uns zu den Landtagswahlen 2009 ihr Vertrauen aussprachen, fühlten wir uns natürlich in unserem Bestreben

bestätigt. Die Frage, die sich stellte, war allerdings: Sollten wir weiterhin in der Opposition bleiben oder sollten wir es wagen, diesmal auch Verantwortung in der Regierung zu übernehmen?

Es war eine schwierige Entscheidung, die sich auch niemand im Landesverband leicht gemacht hat. Am Koalitionsvertrag hatten viele etwas auszusetzen. Die deutliche Mehrheit der Menschen, die am Ende darüber zu entscheiden hatten, sprach den Landtagsabgeordneten und den Mitgliedern des Landesvorstandes jedoch ihr Vertrauen aus – und entschied sich somit für eine rot-rote Koalition in Brandenburg.

Nach den letztendlich stets kollegialen Diskussionen zu dieser Grundsatzentscheidung konnte man dann aber wieder dazu übergehen, Politik für den Alltag zu machen. Seit den Wahlen ist schon einiges erreicht worden, beispielsweise die Erhöhung der Zahl von Lehrerinnen und Lehrern an Schulen oder der Betreuerinnen und Betreuer in den Kindergärten. Neu ist auch die Möglichkeit, dass alle Kreise kostenlose Schülertickets einführen können und die Kosten vom Land bezahlt bekommen. Von den 8.000 neuen Arbeitsplätzen ganz zu schweigen, die durch den ÖBS (Öffentlich-geförderter Beschäftigungssektor) geschaffen wurden und Langzeitarbeitslosen wieder eine anständige Arbeit zur Verfügung stellen.

Das ist schon eine ganze Menge. Wenn man dann noch überlegt, dass beschlossen wurde, ab 2014 keine neuen Schulden mehr aufzunehmen, obwohl vor allem durch Geschenkpakete der Bundesregierung an die Wirtschaft jedes Jahr viele Millionen Euro mehr in der Landeskasse fehlen, dann ist das eine beachtliche Leistung! Und es zeigt, dass wir LINKEN eben doch etwas von der Wirtschaft verstehen. Nur dass wir die Wirtschaft nicht für einen Gott halten, sondern zuerst an die Menschen denken, was man bei anderen Parteien manchmal bezweifeln darf.

D. Förster

## Endlich neue Wohnstätte

Lebenshilfe e.V. freut sich auf Neubau in der Nikolai-von-Halem-Straße



Noch nach altem Standard: Ein Quartier in der Henriettenstraße, Hohenstücken

Der Verein „Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Brandenburg/Havelland-Fläming e.V.“ wurde am 19.05.1990 von betroffenen Eltern, behinderten Menschen selbst, Fachleuten sowie Freunden gegründet, um sich in allen gesellschaftlichen Bereichen konsequent für die Menschenwürde Behinderter einzusetzen. Seit mehr als 20 Jahren ist der Verein ein zuverlässiger Partner für Betroffene aus Brandenburg/Havel, Havelland-Fläming sowie Potsdam/Potsdam-Mittelmark. Der Ver-

ein ist an seinen Zielen, Vorhaben und Projekten ständig gewachsen, dabei wurde eine Organisation aufgebaut, auf deren Leistungen, Angebote und Hilfestellungen sich jeder behinderte Mensch und seine Angehörigen verlassen können.

Seit der Unterzeichnung der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderung im Jahre 2009 schauen die Mitglieder des Vereines mit vielen Erwartungen in die Zukunft, geht es doch darum, eine Gesellschaft aufzubauen, in der behinderte Menschen inklusiv leben können. Es ist die volle Teilhabe in allen Lebensbereichen zu ermöglichen, das heißt, der gleichberechtigte Zugang zur physischen Umwelt, zu Transportmitteln, zur Information und Kommunikation ist zu gewährleisten. Es geht nicht mehr um Anpassung, sondern um das Prinzip der Inklusion. Dies erfordert ein ganzheitliches Umdenken im Umgang mit den Menschen mit Behinderungen.

Wo und wie Menschen z. B. wohnen und leben wollen, sollen diese selbst bestimmen; dafür bedarf es aber auch adäquater Angebote. Bereits im Jahr 2006 beschloss der Verein, die Wohn- und Lebensbedingungen für die Bewohner und Mitarbeiter der alten Wohnstätte in der Friedrich-Grasow-Straße 59 grundlegend zu verbessern und einen Neubau in

der Nikolai-von-Halem-Straße 5 zu errichten. Am 07.07.2010 vollzogen Bewohner und Mitarbeiter der Wohnstätte den ersten Spatenstich. Der Neubau wurde notwendig, weil die 31 Jahre alte Wohnstätte in Hohenstücken nicht mehr den heutigen Standards für geistig und mehrfach behinderte Menschen entspricht; z. B. verfügt das 5-geschossige Mietwohnhaus über keinen barrierefreien Zugang. Die neue Wohnstätte wird barrierefrei sein und einen Gartenbereich haben.

Das Haus liegt viel näher am Stadtzentrum, die Wege für Kultur- und Freizeitangebote verbessern sich wesentlich. Auf den Ein-/Umzug im Mai 2011 freuen sich bereits jetzt alle Beteiligten sehr. Für den Verein ist dieser Ersatzneubau das bedeutendste Projekt seit 2008, natürlich auch mit Blick auf die Gründung des Vereins vor 20 Jahren. Mit dem Baubeginn am 07. Juni 2010 hat sich der Verein seinen größten Geburtstagswunsch erfüllt.

Es soll an dieser Stelle auch ein Dank ausgesprochen werden an alle Beteiligten des Projektes, angefangen bei den Bearbeitern in den Ämtern der Stadt Brandenburg über die unterstützenden Politiker sowie die Landes- und Bundesministerien bis hin zu den finanzierenden Banken. *M. Pietschmann, 1. Vorsitzender des Vereins Lebenshilfe e.V.*



Der Neubau in der Nikolaus-von-Halem-Straße in Nord: Einzugs ist im Mai 2011 geplant.

### OBJEKTDATEN:

Die Wohnstätte wird als KfW-40-Haus errichtet (energieeffizientes Bauen).

Es entstehen 3 Wohnbereiche für 29 Bewohner. Jeder Bewohner hat ein Einzelzimmer, Paarwohnen ist möglich. Das Haus besitzt einen Fahrstuhl und das Objekt ist behindertengerecht ausgestattet. Die Wohnbereiche sind jeweils mit einer Wohnküche, Wohnraum und Betreuerzimmer ausgestattet. Weiterhin gibt es einen Zentralbereich mit Multifunktionsraum.

Durch den Verein werden insgesamt 2,05 Mio. Euro mit Hilfe eines KfW- und Hausbankdarlehens sowie von Eigenmitteln investiert.



# Eine peinliche Affäre

In einem Jahr ist Oberbürgermeisterwahl



Das Altstädtische Rathaus in der Abenddämmerung

Wie vertrauenswürdig ist eigentlich die CDU-Kreisvorsitzende und Oberbürgermeisterin? Mit dieser Frage soll hier nicht das Nachdenken darüber angestoßen werden, ob Frau Dr. Tiemann das Vertrauen, das die Brandenburger/innen ihr bei der Wahl 2003 entgegen gebracht haben, in ihrer Amtszeit auch gerechtfertigt hat. Dazu mag auch künftig jeder seine eigenen Erfahrungen und Ansichten haben.

Nein, es geht um ganz bestimmte Vorgänge, die mit ganz bestimmten Personen verbunden sind, z. B. mit Norbert Langerwisch, Ralf Krombholz und Hans-Joachim Gappert. Nicht zu Unrecht steht Frau Tiemann ja in dem Ruf, ganze Arbeit zu leisten – auch im Umgang mit Personen, die ihr bei der Realisierung ihrer Wahlversprechen nicht gerade zum Munde reden. Jedenfalls fackelte sie nicht lange, wenn es darum ging, unbequeme Mitarbeiter auf bloße Verdachtsmomente hin zu beurlauben, abzusetzen, zu entlassen oder Klage gegen sie einzureichen und damit deren Ansehen massiv zu schädigen. Man erinnere sich: Bereits 2004 wurde der Beigeordnete Ralf Krombholz wegen des Vorwurfes der Vorteilsnahme im Amt auf ihren Antrag hin abgewählt. Im Januar 2005 sorgte sie dafür, dass ihr Stellvertreter Norbert Langerwisch sein Amt verlor – vorher bezeichnete man die beiden gern als

„Dreamteam“ –; sie ließ ihn wegen mutmaßlicher Kontakte zu einem Drogendealer, wegen des Verdachtes der Wahlmanipulation und somit wegen „Vertrauensbruchs“ abwählen. Ein Jahr später wurde der Bauhofchef Hans-Joachim Gappert samt Stellvertreter aufgrund des von ihr erhobenen Vorwurfes der Veruntreuung fristlos entlassen. Im Nachhinein stellte sich heraus – was so mancher Rathausbedienstete schon vorher gemutmaßt hatte –, dass alle dazu eingeleiteten Verfahren eingestellt werden mussten, weil die erhobenen Vorwürfe juristisch haltlos waren.

Dummerweise ist jetzt ein umgekehrter Vorgang publik geworden: Frau Dr. Tiemann wird im Zusammenhang mit angeblichen unerlaubten Wahlkampfhilfen für CDU-Kandidaten genannt. Die Affäre dreht sich um einen Herrn Markus Karp aus Wolfsburg, der auch für die CDU in Brandenburg an der Havel wahlkämpfend tätig war. Nachdem der hiesige CDU-Kreisverband aus seiner anfänglichen Schockstarre erwacht war, stellte die Vorsitzende wieder einmal Strafanzeige. Aber nicht etwa gegen Herrn Karp – nein, gegen einen gewissen Maik Nahrstedt, der die ganze Angelegenheit ins Rollen gebracht hatte.

Diesmal setzte sich die Oberbürgermeisterin aber nicht, wie es sonst ihre Art ist,

wort- und bildreich in Szene, sondern informierte auf der Homepage der CDU nur kurz und knapp ihre „Freunde“ sowie die Abgeordneten: Herr Karp habe damals für die beratende Tätigkeit in ihrem Wahlkampf eine Aufwandsentschädigung erhalten und sie gehe weiter davon aus, dass Herr Karp im Einklang mit der Rechtslage gehandelt habe. Sie versicherte, dass Herr Karp stets auf Freundlichkeit und Kompetenz bedacht war und dass die jetzt gegen ihn erhobenen Vorwürfe nicht zu dem Eindruck passten, den er bei der Brandenburger CDU hinterlassen habe.

Besagte Vorwürfe kursierten schon länger und wurden zuletzt von den Bediensteten der Stadtwerke Wolfsburg erhoben. Am 26.09.2010 reagierte die „Frankfurter Allgemeine“. Man liest von Mobbing, diktatorischem Gebaren, Drohungen und Einschüchterungen, auch von unklaren Nebeneinkünften. Gegen Herrn Karp wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet; die Empfehlung des Aufsichtsrates der Stadtwerke Wolfsburg lautet, ihn zu entlassen. Trotz der mehrfach unter Beweis gestellten Fähigkeit unserer Oberbürgermeisterin, Verfehlungen ihrer Bediensteten selbst dann zu erkennen und zu ahnden, wenn sie gar nicht stattgefunden haben, wundert es schon, dass Herr Karp von ihr derart aus der Schusslinie genommen wird. Stattdessen setzt sie auf den vagen Verdacht, dass ein Mitarbeiter (und Mitwisser) von Herrn Karp, besagter Herr Nahrstedt, Straftaten begangen haben könnte. Dieser Mitarbeiter habe sich nach Auffassung des stellvertretenden Kreisvorsitzenden der CDU wegen 1. einer unwahren Behauptung oder (!) 2. der Beteiligung als Dritter an einem Verstoß gegen die Rechtsordnung strafbar gemacht. Nachtigall...!

Wäre dem Ruf und der Glaubwürdigkeit unserer Oberbürgermeisterin nicht gedient, wenn die CDU nach Bekanntwerden der Anschuldigungen gegen Herrn Karp

dem Vorschlag der SPD von 2004 gefolgt wäre und die Finanzierung des OB-Wahlkampfes von 2003 offengelegt hätte, statt wieder einmal eine fragwürdige Strafanzeige zu stellen?

Was wäre übrigens gewesen, wenn einer anderen Partei nachgesagt worden wäre, in eine solche Affäre verwickelt zu sein? Der Schrei nach be-

dingungsloser Aufklärung, ja gar nach Rücktritt der betreffenden Person von allen Ämtern wäre gellend erklungen. Alle Menschen sind gleich – aber manche sind eben ein bisschen gleicher. Dieser Satz hat offenbar den Systemwechsel locker überdauert. Da hat Frau Dr. Tiemann gar nicht umdenken müssen.

I. Friedland

## Rosen ...

...statt Raketen

Am Ende der Beratung im August stand für uns Mitglieder der BO INN des Stadtverbandes der LINKEN fest, mit welcher Aktion wir in diesem Jahr an den Weltfriedenstag bzw. Antikriegstag erinnern wollten. Dabei hatten wir uns an jenem Abend recht lange die Köpfe zerbrochen, denn es kam die Frage auf: Können wir die Aktion des Vorjahres überhaupt noch toppen? Immerhin hatten 2009 unsere Bundestagsabgeordnete Diana Golze und unser Stadtvorsitzender René Kretzschmar Friedenstauben steigen lassen. In diesem Jahr nun, so die Idee, wollten wir auf dem Neustädtischen Markt weiße Rosen an die Passanten überreichen, zusammen mit Infomaterial zum Thema Krieg und Frieden, zur Friedenspolitik der LINKEN. Nicht zuletzt wollten wir an den Beginn des 2. Weltkrieges vor 71 Jahren erinnern.

Am Nachmittag des 1. September kamen wir denn auch mit zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern sowie Gästen unserer Stadt ins Gespräch.

Bemerkenswert waren die unterschiedlichen Reaktionen auf unsere Aktion. Die Bandbreite reichte von freundlicher Zustimmung über Desinteresse bis zu gereizter Ablehnung, von Ahnungslosigkeit und Erstaunen bis zu wissenden Kommentaren über die Symbolik der Rose. Nicht alle konnten etwas mit der „Weiße Rose“ anfangen, jenem Symbol für den Widerstand der Gruppe um die Geschwister Sophie und Hans Scholl gegen die verbrecherische Politik der Nationalsozialisten. So gesehen war unsere Aktion auch eine gegen das Vergessen des unvorstellbaren Leides, das die Nazis über die Welt gebracht hatten. Erinnern aber tut Not, denn: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.“ (Bertolt Brecht)

Übrigens erregte an diesem Nachmittag nicht nur unsere Aktion Aufsehen, sondern auch die lauten Knallgeräusche der Tiefflieger der Bundeswehr, die offenbar eine Übung hatten.

H. Hauffe



# Die Programmdebatte ist eröffnet

Regionalkonferenz in Rostock



Prof. Dieter Klein in einem überfülltem Saal der Rostocker Stadthalle

Am 20. März 2010, 2 ½ Jahre nach Gründung der Partei DIE LINKE, stellten die damaligen Parteivorsitzenden Bisky und Lafontaine einen ersten Programmentwurf vor. Ihre Nachfolger, Gesine Löttsch und Klaus Ernst, ernannten wenig später eine neue Redaktionskommission, bestehend aus Katja Kipping, Matthias Höhn, Sarah Wagenknecht und Ralf Krämer, die die jetzige Version als Diskussionsgrundlage erarbeiteten. Mittlerweile kommt die Programmdiskussion in Fahrt. In Workshops und auf Regionalkonferenzen soll das Programm bis Ende 2011 diskutiert werden und seine endgültige Gestalt bekommen.

Als großes Ziel geht aus dem Programmentwurf hervor, dass ein neues Wirtschafts- und Gesellschaftssystem – „Der demokratische Sozialismus“ – als sogenannter „Dritter Weg“, nach dem Scheitern des Sozialismus in der DDR und dem zunehmend deregulierten Kapitalismus in der BRD, entstehen soll.

## Regionalkonferenz in Rostock

Am 18. September 2010 fanden sich in Rostock rund 400 Genossinnen und Genossen der LINKEN aus den Landesverbänden Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern (MV), Berlin und Brandenburg ein, um im Rahmen einer Regionalkonferenz über den Programmentwurf zu debattieren.

In der über die Erwartung sehr gut gefüllten Stadthal-

le warb der Vorsitzende des gastgebenden Landesverbandes MV, Steffen Bockhahn, in seiner Eröffnungsrede dafür, die Debatte um das Parteiprogramm ergebnisoffen zu führen und dabei auch bereit zu sein, den bisherigen Entwurf grundsätzlich zu hinterfragen. Er wünsche sich eine Diskussion, in der die Mitglieder „hart in der Sache, aber fair im Miteinander“ diskutieren.

Prof. Dieter Klein von der Rosa Luxemburg Stiftung eröffnete die erste große Runde. „Die Welt, in der wir leben“ war Gegenstand seines Vortrags, in dem er die gegenwärtigen globalen Zustände analysierte und mehrere Krisenbewältigungsszenarien entwickelte, die eingeschlagen werden könnten, um eine solidarische, menschengerechte Gesellschaft zu erreichen.

*Anregungen, die ich aus der Rede des Professors mitnehme, sind folgende:*

- *Es muss darum gehen, die Vielheit der unterschiedlichen Kräfte zu bündeln.*

- *DIE LINKE braucht Visionen mit Machtoptionen.*

- *Ein eigenständiges und kooperationsfähiges Konzept ist zu entwickeln, in dessen Mittelpunkt konkrete, machbare Projekte mit eigenem Profil stehen und das unterschiedliche Politikansätze zusammenführt.*

- *Entscheidend ist, dass die Kräfteverhältnisse verändert werden, und zwar „von unten nach links“.*

„Eine Gesellschaft ohne Visionen ist wüst und leer“, waren seine Abschlussworte.

In der anschließenden De-

batte wurde auf das Gesagte Bezug genommen, aber auch Kritik geäußert. Am frühen Nachmittag wurden drei unterschiedliche Workshops/Podiumsdiskussionen angeboten. Ich entschied mich, wie viele andere auch, für den Workshop „Zwischen guter Arbeit und bedingungslosem Grundeinkommen – der tiefgreifende Wandel der Arbeitsgesellschaft“ mit Helmut Holter (Fraktionsvorsitzender im Landtag Mecklenburg-Vorpommern), Katja Kipping (stellvertretende Parteivorsitzende), Horst Schmitthenner (IG Metall) und Margareta Steinrücke (Arbeitnehmerkammer Bremen). Dieser Workshop lag mir sehr nahe, da ich in unserer AG Politische Bildung des Stadtverbandes zusammen mit anderen Genossinnen und Genossen gerade diesen Problemkomplex durcharbeite. Dabei wurde sehr kontrovers das bedingungslose Grundeinkommen

diskutiert. Zum einen will DIE LINKE es tatsächlich „bedingungslos“ für ALLE, die Gewerkschaften möchten es gar nicht bis abgeschwächt und die Vertreterin der Arbeitnehmerkammer möchte es an Bedingungen knüpfen – ein sogenanntes bedarfsgerechtes Grundeinkommen also. Bei einem bedarfsgerechten Grundeinkommen müsste der Betroffene den Bedarf, in etwa wie bei Hartz IV heute, nachweisen. Dass wäre das genaue Gegenteil von dem, was DIE LINKE möchte. Am Ende wurde die Forderung nach dem Umbau der Welt in eine solidarische Gesellschaft aufgestellt, wie sie ja der LINKEN mehrheitlich vorschwebt.

## AG politische Bildung des Stadtverbandes Brandenburg

Am Nachmittag wurden die Thesen zum Thema „Sozialismus im 21. Jahrhundert – Demokratischer Sozialismus“ von Kerstin Kaiser (Fraktionsvorsitzende im Branden-

burger Landtag) und Christoph Spehr (Landessprecher in Bremen) heiß diskutiert. Vor allem die Hamburger äußerten dabei große Bedenken zur Regierungsbeteiligung der LINKEN in Brandenburg. Das würde nicht ins Konzept der Partei passen. Kerstin Kaiser hielt dagegen: Auf dem Weg zum Demokratischen Sozialismus müsse man auch unter den jetzigen Gegebenheiten die Möglichkeiten einer Regierungsbeteiligung nutzen.

Festzustellen war, dass das Programm in weiten Teilen noch überarbeitungsbedürftig ist. Deshalb sind alle dazu aufgerufen, daran mitzuarbeiten. Mitglieder oder solche, die es werden möchten, können sich an Lutz Krakau in der Geschäftsstelle am Altstädtischen Markt wenden. Denn: „Das Programm einer Partei ist die wichtigste Richtschnur für das politische Wirken ihrer Mitglieder.“

A.Kutsche

## Die Zahl 364

364 Euro pro Monat für einen alleinstehenden oder alleinerziehenden Erwachsenen – das nenne ich mal ein ordentliches Geschenk! Mit mir freuen sich die 6.763 Bedarfsgemeinschaften bzw. die 11.121 Menschen in Brandenburg an der Havel. Fünf Euro mehr pro Monat für die, die es nötig brauchen; Milliarden für jene, die sowieso schon genug haben. Fünf Euro, das entspricht nicht einmal dem Inflationsausgleich! So gesehen ist die Anhebung sogar eine Kürzung. Fürwahr, ein „großer Schritt“ – auf dem Wege der weiteren Verhöhung der Betroffenen! Übrigens taucht die Zahl 364 bereits im Existenzminimumsbericht von 2008 auf. Worin soll also die angeblich neue und streng wissenschaftliche Ermittlung der Bedarfe bestehen? Es kommt sogar noch besser: Im vollen Bewusstsein verstößt die Bundesregierung gegen die Verfassung, indem sie die finanziellen Grundlagen von Erwerbslosen beschneidet, ein selbstbestimmtes Leben

zu führen. Sie streicht den Zuschuss für die freiwillige Rentenversicherung, sie schreibt vor, welcher „Luxus“ Erwerbslosen nicht zusteht, sie nimmt ihnen das Elterngeld. Dabei erklärt diese Bundesregierung doch immer, alles für die Kinder tun zu wollen, die schließlich unsere Zukunft sind. Für alle Kinder? Oder nur für die Kinder der Besserverdienenden? Man darf gespannt sein, welche Warengruppen die Ministerin den Bundestagsabgeordneten am 20. Oktober als zum Existenzminimum gehörig präsentiert, und zwar unter Berufung auf die Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 2008 (EVS 2008).

In zahlreichen Stellungnahmen von Vereinen und Verbänden, in einschlägigen Gutachten wird seit Jahren eine deutliche Anhebung der Regelsätze gefordert – aber die Bundesregierung reagiert auf diese Forderungen mit Maßnahmen, die die soziale Ungleichheit verschärfen. Auch die Argumente zum Thema

Gutscheine statt Bargeld sind seit Jahren bekannt, es überwiegen die Gegenargumente – aber die Bundesregierung ficht das nicht an in ihrem Kurs der Bevormundung der Schwächsten unserer Gesellschaft. Die Vorschläge der LINKEN zur Korrektur dieses einseitigen Sparkurses sind nicht neu und werden mittlerweile auch von anderen gesellschaftlichen Kräften aufgegriffen. Zumal eigentlich noch niemand überzeugend erklären konnte, was gegen einen gesetzlichen Mindestlohn spricht oder gegen das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ oder gegen eine sanktionsfreie Mindestsicherung. Angst vor dem Gespenst sozialistischer Gleichmacherei? Aber wenn man gegen dieses Gespenst nichts Besseres zu bieten hat als spätkapitalistische Ungleichmacherei, dann ist das ein Rezept nach dem Muster: den Teufel mit Beelzebub austreiben – ein Rezept aus der Hölle, Risiken und Nebenwirkungen unbegriffen.

P. Zimmermann



# Atomkraft...

... weder umweltfreundlich noch eine Übergangstechnologie

Seit Mitte des letzten Jahrhunderts wird die Kernspaltung genutzt, zuerst militärisch und später zivil. Die Schrecken der militärischen Nutzung sind zweimal über die Menschheit gebracht worden – mit verheerenden Folgen. Doch auch die zivile Nutzung ist hochgradig gefährlich!

Das elementarste Problem an dieser Technologie ist nicht einmal der nie ganz ausschließende Unfall wie in Tschernobyl oder Majak (beide damalige UdSSR), Sellafield (GB) oder Harrisburg (USA), sondern die Endlagerung des Atommülls. Das mehrere zehntausend Jahre strahlende Erbe – zum Vergleich: Ackerbau betreibt die Menschheit erst seit 10.000 Jahren –, das wir den nachfolgenden Generationen überlassen, ist zusätzlich auch noch deutlich toxischer als Arsen oder andere Schwermetalle und Umweltgifte.

Die deutschen Realitäten sind das Test-Endlager Asse II in Niedersachsen und der Schacht Morsleben in Sachsen-Anhalt. Beide wurden mit voller Absicht an der damaligen Grenze zwischen BRD und DDR angelegt, um im Havariefall dem jeweiligen Gegner gleich mit zu schaden.

## Problematische Endlagerung

Seit 2008 wurden massive Probleme im Rahmen von Asse II bekannt:

- Es wurde stark strahlender Müll eingelagert, obwohl dies nicht genehmigt war.
- Massive Wassereinträge wurden jahrelang vertuscht.
- Das Institut für Gebirgsmechanik (IfG) in Leipzig rechnet damit, dass ab 2014 eine Einsturzgefahr besteht.
- Weitere Probleme deuten sich schon an.

Die Einlagerung in Morsleben begann erst in den 90er Jahren unter der damaligen Umweltministerin Angela Merkel.

Dass sie Kritiker mundtot machte, ist bekannt. Welche sonstigen Vertuschungsmanöver noch ans Tageslicht kommen, wird die Zukunft zeigen.

## Die Vorteile von „grünen“ Kleinkraftwerken

Ein bislang weitgehend unbeachtet gebliebenes Problem ist die Ausrichtung der Stromnetze auf Großkraftwerke; nicht nur Atom-, sondern auch Kohlekraftwerke spielen hier eine Rolle. Wegen hoher Fixkosten müssen diese Kraftwerke 24 Stunden an 365 Tagen im Jahr laufen, um rentabel zu sein. In Kombination mit der sehr hohen Energieabgabe führt das dazu, dass wenige Großkraftwerke weite Regionen mit Strom versorgen können/müssen und schon jetzt überflüssiger Strom produziert wird. Die endgültige Abschaltung der unsichersten Atomkraftwerke wäre also bereits heute möglich! Die Technologie der Zukunft – das wird sogar von Schwarz-Gelb anerkannt – liegt bei den regenerativen Energieträgern. Solarenergie, Windkraft und Biogasanlagen sind mittlerweile genauso effektiv wie altertümliche Großkraftwerke, allerdings kann der Strom nicht in so riesigen Anlagen produziert werden. Der Widerspruch wird deutlich: Die Weiterentwicklung der Großkraftwerke behindert den Umstieg auf kleinteilige, regionale Stromnetze enorm, die mittelfristig aber notwendig sind. Der Vorteil der „grünen“ Stromproduktion wäre eine gleichzeitige Demokratisierung und Vergesellschaftung der Energiebranche durch Klein- und Kleinstkraftwerke.

## Gefährliches Energiekartell

Die letzten Wochen haben gezeigt, weshalb Atomkraft auch noch aus anderen Gründen hochgefährlich ist: Das Energiekartell zwischen RWE, E.ON, EnBW und Vattenfall hat seine Wünsche zum Thema Laufzeitverlängerung von CDU und FDP erfüllt bekommen. Das Ergebnis sind Milliarden Euro an Gewinnen (pro Tag und Kraftwerk über eine Million Euro), von deren Besteuerung die Allgemeinheit keinen Nutzen hat, denn die Konzerne können diese Steuern beim Fiskus absetzen. Eine solche Regelung war üb-

rigens nur zu haben, indem das Grundgesetz gebrochen wurde!

**Fazit:** Erstens, wirklich sichere Endlager für Atommüll gibt es nicht, vor allem nicht in Salzstöcken wie Asse II oder Gorleben. Zweitens, mächtige Lobbyistenverbände müssen quasi „naturgemäß“ gegen ökologische und soziale Standards verstoßen, um konkurrenzfähig zu bleiben. Was aus diesen Feststellungen zu schlussfolgern ist, dürfte sich eigentlich von selbst verstehen. Ch. Kühnl



Die Technologie der Zukunft liegt in den regenerativen Energien. Atomkraft muss ein Auslaufmodell sein!

## Anne-Katrin Gabrysiak

Seit 2008 in der Fraktion der LINKEN



Heute sitzt mir eine junge, lächelnde Frau gegenüber. Oft wirkt sie nachdenklich. Seit den Kommunalwahlen 2008 ist Anne Mitglied unserer Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung von Brandenburg an der Havel. Da hat sie schon viele Themen mitbekommen und ausgefochten.

**Havelbrandung:** Anne, die Stadtverordnetenversammlung (SVV) verlangt dir viel Zeit ab. Wie passt das in dein Privatleben?

**A.-K. Gabrysiak:** Meine beiden Kinder sind aus dem Haus und leben und studieren in Potsdam. Ihren Platz hat dafür eine wunderbare Schafpudel-Mix-Hündin eingenommen, die meinen Mann und mich stets auf Trab hält. Ich habe seit 2008 weniger Zeit für meine Bücher, doch Zeit für Privates muss sein.

**Havelbrandung:** Warum hast du dich 2008 dazu entschlossen, für die SVV zu kandidieren?

**A.-K. Gabrysiak:** Das geschah

ehrlich gesagt auf Umwegen. Mein Mann war Anfang der 90er Jahre gemeinsam mit Dr. Horst Maiwald Vorsitzender des Stadtverbandes der PDS. Diese seine Arbeit hat mich immer inspiriert und uns stets Themen für den sonntäglichen Frühstückstisch gesichert. Doch Spaß beiseite; es gibt viel zu tun. Die Interessen der Menschen in dieser Stadt sind sehr inhomogen und müssen bei bestimmten Projekten und Entscheidungen so gut wie möglich auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden. Ich setzte mich nun dafür ein, dass auch die linke Sicht auf Sachverhalte zum Tragen kommt.

**Havelbrandung:** Welche Themen liegen dir besonders am Herzen?

**A.-K. Gabrysiak:** (lacht) Für eine vollständige Antwort würde hier der Platz nicht reichen. Meine Interessen sind so weit gestreut, dass es fast nichts gibt, was mich nicht interessiert. Ich lese unheimlich viel, um mir ein möglichst großes Blickfeld – nicht nur im Sinne meiner politischen Arbeit – zu schaffen.

**Havelbrandung:** Und nach welchen Maßstäben hast du dich für die Arbeit in den verschiedenen Ausschüssen beworben?

**A.-K. Gabrysiak:** Ich bin in den Ausschüssen für „Finanzen und Liegenschaften“ sowie für „Umwelt, Recht, Ordnung und Petitionen“.

Der Ausschuss für Finanzen hat mich insofern gelockt, als dass Geld ein unerlässliches Mittel für jegliche Projekte einer Stadt darstellt und über Erfolg und Misserfolg einzelner Individuen entscheidet. Ich möchte dafür sorgen, dass die ökonomischen Mittel sinnvoll angelegt werden und letztendlich den Bewohnern der Stadt dienen. Wenn es ums Geld geht, kommt zum Beispiel die Umwelt oft zu kurz; ihr gebührt aber ein ganz besonderer Schutz. Für den setze ich mich ein.

**Havelbrandung:** Hand aufs Herz, würdest du dein Mandat zurückgeben?

**A.-K. Gabrysiak:** (lacht) Wenn ich an meine armen Bücherregale denke, schon. Ich muss zugeben, dass ich den bürokratischen Raum unterschätzt habe, den ich oft betreten muss, und dass sich seitdem eine Menge Papier gestapelt hat. Jedoch habe ich mit meiner Aufstellung zur Kommunalwahl 2008 eine Verantwortung übernommen. Die Arbeit inspiriert mich insofern, als dass es sehr interessant ist, mit den Ideen und Gedanken anderer Menschen konfrontiert zu werden und die eigenen Ziele diesen ggf. entgegenzusetzen.

**Havelbrandung:** Wir wünschen dir eine erfolgreiche Legislaturperiode mit vielen interessanten und lösbaren Aufgaben. Vielen Dank. Das Gespräch führte W. Müller

# Anti-Castor-Kampagne

Linksjugend [solid] startet Aufruf



Am ersten Novemberwochenende wird der nächste Castortransport aus der französischen Wiederaufbereitungsanlage La Hague nach Gorleben rollen. Neben vielen anderen Gruppen und Parteien rufen auch DIE LINKE und linksjugend [solid] zu Demonstrationen und Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen diesen Transport auf und damit gegen Atomkraft als solche und ihre Befürworter. Was ist geplant? Ab dem 3. oder 4. November wird es mehrere große Zeltlager, in der Außerparlamentarischen Opposition „Barrio“ (Dorf) genannt, im Wendland geben. Eines dieser Barrios wird von linksjugend [solid] gestellt werden. Komplett mit Großzelten, Küche, Bühne und Partyanlage aus eigenem Besitz.

Aus den Schwesternverbänden der umliegenden Länder haben sich schon Gäste angekündigt, zum Beispiel von der SFU, der „Socialistische Folkepartei Ungdom“ aus Dänemark. Sicherlich werden auch viele Teilnehmer aus ENDYL-Strukturen (Europäisches Netzwerk von demokratischen jungen Linken) in unserem Barrio und bei den Protesten anzutreffen sein. Um auf die massiven Probleme der Atomkraft hinzuweisen und zu den Protesten zu mobilisieren, hat der Landesarbeitskreis Ökologie von linksjugend [solid] eine Kampagne für Westbrandenburg auf die Beine gestellt. Wir fahren Schulen an und versuchen dort in den großen Pausen, als Nukleartechniker verkleidet, Atommüll endzulagern.

Mit Leuten, die sich das nicht gefallen lassen wollen, versuchen wir einige Tage später in einer Infoveranstaltung ins Gespräch zu kommen. In der Woche vom 25. bis 29.10. sind wir in Brandenburg an der Havel und am 3.11. wird der Workshop im Büro DIE LINKE (Altstädtischer Markt 2, gegenüber von Roland und Rathaus) stattfinden; los geht's gegen 18.00 Uhr. Auch von Brandenburg an der Havel aus werden wir ins Wendland fahren und würden uns freuen, dich mitnehmen zu können! Also meld dich mal bei uns unter: [brb-intern@listis-linksjugend-solid-brandenburg.de](mailto:brb-intern@listis-linksjugend-solid-brandenburg.de) Oder schau in der Geschäftsstelle am Altstädtischen Markt vorbei. Ch. Kühnl

**HOTEL AM WALD**  
EIGENBURG IM HERZEN THÜRINGENS

vom 22.12. bis 27.12.2010  
**Weihnachtsüberraschung**

5 Übernachtungen mit Frühstück im komfortablen Hotelzimmer, weihnachtlicher Nachmittag mit Überraschungen, trad. Thüringer Weihnachtsessen, Feuerzangenbowle, ein festliches Mittagsgedeck, geselliger Abend mit Programm und dreiteiligem Wildmenü

Preis für 2 Personen im Doppelzimmer **499,- Euro**

Verlängerung des Aufenthaltes sowie Aufbettungen f. Kinder möglich. Buchbar ab sofort.  
Schmücker Straße 20 · 98716 Eigensberg  
Tel. 03677 79800 · [www.hotel-am-wald.com](http://www.hotel-am-wald.com)

**IMPRESSUM:**  
**HAVELbrandung** . Die linke Zeitung für Brandenburg an der Havel . Ausgabe 03/2010 . Herausgeber: DIE LINKE Brandenburg an der Havel . Altstädtischer Markt 2 . 14770 Brandenburg an der Havel. V.i.s.d.P. René Kretzschmar. E-Mail: [redaktion@dielinke-brb.de](mailto:redaktion@dielinke-brb.de) . Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung.  
**Druck:** LR Medienverlag und Druckerei GmbH . Straße der Jugend 54. 03050 Cottbus . Auflage: 10.000 Stück.  
**Redaktionsleitung:** L. Krakau und A. Kutsche .  
**Redaktionsmitglieder:** W. Müller, P. Zimmermann, W. Weise, Dr. U. Sändig.  
**Bildnachweise:** Werner Müller/DIE LINKE (1|2|3 |4|5|7), Foto Wildgrube (1), DIE LINKE (2), Matthias Pietschmann (4), René Kretzschmar/DIE LINKE (6), Chris Kühnl/[solid` ] (7), Karikatur: Klaus Stüttgen  
**Öffnungszeiten Geschäftsstelle DIE LINKE**  
Altstädtischer Markt 2 14770 Brandenburg an der Havel Montag bis Donnerstag 10:00 bis 18:00 Uhr; Freitag 10:00 bis 14:00 Uhr . Telefon 0 33 81 / 22 47 33 . Fax 0 33 81 / 22 99 61 . Web [www.dielinke-brb.de](http://www.dielinke-brb.de) . E-Mail [info@dielinke-brb.de](mailto:info@dielinke-brb.de)

## Was Wann Wo

### NOVEMBER:

- 03.11. 18.00 Workshop der linksjugend zur Kernenergie
- 04.11. 2010 ab 18.00 Regionalkonferenz der LINKEN, Studiobühne**
- 08.11. 18.00 Fraktion
- 07.11. Programmkonvent in Hannover
- 09.11. 16.00 BO-Vorsitzendenberatung
- 17.11. 09.30 Frühstück für Jedermann
- 22.11. 18.00 Fraktion
- 24.11. 16.00 Stadtverordnetenversammlung
- 15.00 AG Senioren, aktuell-politische Themen
- 25.11. 18.00 Vorstandssitzung
- 29.11. 18.00 Fraktion

immer Dienstags 18.00 Uhr: linksjugend [solid]  
immer Donnerstags 10.00 bis 12.00 Uhr: Schuldnerberatung

### DEZEMBER:

- 13.12 18.00 Fraktionssitzung
- 14.12. 16.00 BO-Vorsitzendenberatung
- 15.12. 09.30 Weihnachts-Frühstück für Jedermann
- 15.00 AG Senioren, Jahresabschluss
- 16.12. 16.00 Stadtverordnetenversammlung

immer Dienstags 18.00 Uhr: linksjugend [solid]  
immer Donnerstags 10.00 bis 12.00 Uhr: Schuldnerberatung

## Rate mal!

Von wem stammen die folgenden Sprüche und Lebensweisheiten? Ankreuzen und die Lösung an die Redaktion der „Havelbrandung“, Altstädtischer Markt 2 in 14770

Brandenburg an der Havel schicken. Die drei besten Ratetüchse werden mit Büchergutscheinen belohnt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Viel Glück!

1. Die Menschen glauben im Allgemeinen gerne, was sie sich wünschen.  A Julius Caesar  B A. Freiherr v. Knigge
2. Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht.  A Heinrich Heine  B Friedrich Schiller
3. Beleidigungen sind die Argumente derer, die unrecht haben.  A Willy Brandt  B Jean-Jacques Rousseau
4. Eine gescheite Frau hat Millionen geborener Feinde – alle dummen Männer.  A Agatha Christie  B M. v. Ebner-Eschenbach
5. Von weitem sieht eine Ehe außerordentlich einfach aus.  A Theodor Fontane  B Hans Fallada
6. In der Woche zwier (zweimal) schadet weder ihm noch ihr; macht im Jahr einhundertvier.  A Sigmund Freud  B Martin Luther
7. Liebe ist flüssig, sie verfliegt in ihrem eignen Element; Harmonie ist ihr Element.  A Bettina von Arnim  B Giacomo Casanova
8. Wo es Mode ist, trägt man selbst den Kuhschwanz als Halsband.  A bayrisches Sprichwort  B altdeutsches Sprichwort
9. Viele kann der Mensch entbehren, nur den Menschen nicht.  A J. Wolfgang von Goethe  B Ludwig Börne
10. Wer alles bloß des Geldes wegen macht, wird bald des Geldes wegen alles tun.  A amerik. Lebensweisheit  B Verfasser unbekannt